

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kuhchnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 299.

Samstagsausgabe
im Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang
Dienstag, den 24. Dezember

Wöchentliche Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

1918.

Lichtenstein.

Zuckerhonig, S. M. R. B. Abschnitt 14, 1/2 Pf. 40 Pf.

Pflegestelle

für 11-jährigen Knaben gesucht. Meldungen erbeten an
Kassakomplex Lichtenstein.

Fleischverkauf

Dienstag, den 24. Dezember bei Gärtig, Michael, Schubert u. Schramm.

200 Gramm für Erwachsene
100 Gramm für Kinder unter 6 Jahren
Schnitzfleisch und Würstchen nur bei Michael.

Die Fleischentnehmer bei Gärtig haben in nachstehender Nummernfolge zu kommen:

Nr. 1-50 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 51-100 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 101 bis 150 10-11 Uhr, Nr. 151-200 vorm. 11-12 Uhr, Nr. 201-250 nachm. 1-2 Uhr, Nr. 251-300 nachm. 2-3 Uhr, Nr. 301-350 nachm. 3-4 Uhr, Nr. 351-400 nachm. 4-5 Uhr.

Ordnungsbekanntmachung und Arbeiterrat für Gallenberg.

Stadtverordnetenwahl in Gallenberg betr.

Bekanntgabe der Wahlvorstände.

I. Bezirk.

Wahllokal „Rattler“

für die Wähler unter Nr. 1 bis 932 der Wahlliste — siehe auch Angabe auf der Wahlbenachrichtigung

Wahlvorsteher: Herr Schuldbreiter Schmidt,
Schriftführer: Herr Kaufmann Otto Rehner,
Beisitzer: Herr Julius Böhm,
Oto Schuber,
Oto Stander,
Robert Scherp.

II. Bezirk.

Wahllokal „Goldener Adler“

für die Wähler unter Nr. 933 bis zur Schlussnummer der Wählerliste und alle im Wählerverzeichnis aufgeführten Wähler — siehe auch Angabe auf der Wahlbenachrichtigung

Wahlvorsteher: Herr Stadtverordn. Richard Schmidt,
Schriftführer: Herr Lehr Wagner,
Beisitzer: Herr Bernhard Franke,
Moritz Herold,
Hermann Müller,
Rog Scharschmidt.

Der Wahlkommissar.
Bürgermeister Brachtel.

Bekanntmachung.

die Wahl zur deutschen Nationalversammlung betr.

Nach der Verordnung des Reiches der Volksbeauftragten vom 19. Dezember 1918 findet die Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung

Sonntag, den 19. Januar 1919

statt. Nähere Bestimmungen über Vornahme der Wahlhandlung in Gallenberg werden noch veröffentlicht.

Die Wählerliste liegt hier anordnungsgemäß am 30. Dezember 1918

an dem Rathause (polizeil. Meldeamt) zu jedermanns Einsicht aus.
Gallenberg, am 22. Dezember 1918.

Bürgermeister Brachtel.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der Volkstagrat, der mit der Vergewaltigung der Weiber so schwer belastet ist, wurde aufgelöst, sein Nachfolger ist der aus 27 Personen bestehende Zentralrat, der infolge der Abstinenz der Unabhängigen aus Mehrheitssozialisten besteht.

* Nach einem Telegramm der „Niociadet Press“ haben, wie ein Berliner Blatt meldet, die amerikanischen Delegierten bei der Friedenskonferenz beschlossen, dafür einzutreten, daß die ausgelieferten feindlichen Kriegsschiffe vertrieben werden, damit nicht bei ihrer Verteilung Zwistigkeiten entstehen. Sie Eric Weddes soll diesem Plane bereits zugestimmt haben. (W. T. B.)

* Der Soldatenrat Queblinburg beschloß, dem dortigen Garnisonältesten General Wittje als Er-

be für den ihm beim Ausbruch der Revolution von fremden Soldaten angethanen Verrath einen Preis zu tragenden Ehrenorden zum Dank für die der Öffentlichkeit in dieser schweren Zeit geleisteten Dienste zu überreichen.

* Polische Truppen verhafteten in Pleskau 460 Personen als Gegenrevolutionäre, übergaben sie dem Revolutionstribunal, durch das sie zum Tode verurteilt wurden. Die Verurteilten mußten sich gruppenweise ihre Gräber selber schaufeln und wurden dann erschossen. Ähnliche Nachrichten kommen aus Ostrow.

* Die polnische Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch welche alle A- und S-Räte im Königreich Polen aufgelöst werden.

* Minister Dewet erklärte auf dem Kongress der Diamantgräber, die britische Regierung beabsichtige,

Bekanntmachung.

Der V. Nachtrag zum Ortsgesetz für die Stadt Gallenberg, enthaltend eine Ergänzung des § 18 über die Berechnung des pensionberechtigten Einkommens des Bürgermeisters und der pensionfähigen Dienstreiter der Gemeindebeamten, sowie Änderung der Bestimmungen in § 20 über die Berechnung von Reisekosten hat die aufsichtsbehördliche Genehmigung gefunden und liegt zur Einsichtnahme für jedermann 2 Wochen lang in der Registratur aus.

Der Stadtgemeinderat.
Brachtel, Bürgermeister

Gemeinderatswahl in Hohndorf betreffend.

Die Liste der wahlberechtigten Ortsbewohner liegt von Montag, den 23. bis mit Montag, den 30. dieses Monats im Gemeindeamt — Zimmer Nr. 5 — während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme aus.

Während dieser Zeit steht es jedem Stimmberechtigten frei, gegen die Wahlliste Einspruch zu erheben.

Stimmberechtigt sind alle Gemeindeglieder ohne Unterschied des Geschlechtes, welche

- a) Deutsche sind,
- b) am Tage des Abschlusses der Wahlliste das 20. Lebensjahr vollendet haben und
- c) am Tage des Abschlusses der Wahlliste in Hohndorf ihren ständigen Wohnsitz haben.

Personen des Soldatenstandes sind ebenfalls wahlberechtigt.
Hohndorf (O. G. H.), am 21. Dezember 1918.

Der Wahlkommissar.

Schäfers, Gemeindevorstand.

Berschleuderung von Heeresgut.

Das Demobilisationsamt hat folgendes angeordnet:

Wer Heeresgut, insbesondere Kraftwagen und Pferde, von anderen Personen, als den zur Veräußerung befugten militärischen Stellen erwirbt, erlangt an diesen Gegenständen kein Eigentum. Werden solche Kraftwagen und Pferde in Gewahrsam von Personen betroffen, die nicht nachweisen können, daß sie Eigentum an diesen Gegenständen erlangt haben, so sind die Kraftwagen und Pferde von den Demobilisationsorganen oder ihren Beauftragten den Besitzern ohne Entschädigung abzunehmen und sicherzustellen.

Die Polizeibehörden werden beauftragt, unrechtmäßig erworbenes Heeresgut, insbesondere Kraftwagen und Pferde, ihren Besitzern wegzunehmen und sicherzustellen und zur weiteren Verfügung hierüber auf dem kürzesten Wege hierher Anzeige zu erstatten.

Dresden, den 19. Dezember 1918.

Der Staatskommissar für Demobilisation.

Häute und Leder.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über Beschlagnahme und Höchstpreise von Häuten und Leder aufrechterhalten bleiben und nur den schon bisher zuständigen Stellen — Kriegs-Rohstoff-Abteilung Kontrollstelle für selbstgebeutes Leder usw. — abgeändert werden können.

Arbeiter- und Soldatenräte dürfen hierüber ebenfalls verfügen, wie es den Vertriebenen gestattet ist, die bei ihnen vorhandenen Bestände den Bestimmungen der zuständigen Stellen zuwider zu veräußern.

Jeder Eingriff in die Beschlagnahme von Häuten und Leder muß bei dem herrschenden Mangel an Rohstoffen eine Verschärfung der Schutzmaß für die Bevölkerung und Arbeitslosigkeit für Teile der lederverarbeitenden Industrien zur Folge haben.

Dresden, den 19. Dezember 1918.

1111 III Kr. IA
Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Deutsch-Südwestafrika der Regierung der Union auszuliefern. Diese sollte auch darüber zu Rate gezogen werden, was mit Deutsch-Südwestafrika zu geschehen habe. — England verfehlet also bereits die deutschen Kolonien.

* Der „Bilderer Anzeiger“ meldet: Der Kurs der Reichsmark ist weiter gestiegen. Er steht jetzt auf 60 gegenüber 52 vor einer Woche.

* 8000 aktive Unteroffiziere, Deckoffiziere etc. in Kiel protestierten gegen den Beschluß des Rätekongresses über Ablegung der Orden und Ehrenzeichen. In Kiel herrscht große Erregung.

* Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ ist der Zustand der Kaiserin so ernst, daß sie wohl kaum das neue Jahr erreichen wird. Auch der Kaiser ist ernstlich erkrankt, an Ohrenverengung und nervösen Erscheinungen.

2 Uhr.
Kont.
Küchen.
Küch.
gen.
lb.

ein.
Uhr an

ger.

ten.

* Die russischen Verluste im Kriege betragen 150.000 Mann.

* Nach einem Traktat Poincarés hat sich Italien: 1902 Frankreich gegenüber verpflichtet, sich niemals an einem gegen Frankreich gerichteten Angriff der Zweifundmächte zu beteiligen und verweigerte deshalb 1914 Deutschland und Oesterreich die Gefolgschaft. — Soweit liegt also der Verrat Italiens zurück.

* Die Spartakusleute arbeiten weiter mit Gewalt am Streik im Ruhrrevier. Es werden Nachmannschaften zum Schutze der Becken entfaßt.

* Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung finden am 26. Januar statt.

* Die Prager Bohemia meldet, daß in Reichenberg und Umgebung bereits deutschen Wehrpflichtigen Einberufungen zur tschecho-slowakischen Armee zugehört werden.

* Der Verband hält an der Bekämpfung von Industralisten, Franzosen und Amerikaner werden dort einzeln.

* Die Bekämpfung der Obier vom 6. Dezember, die in Berlin am Sonnabend stattfand, wurde von den Liebhengstern zu einer großen politischen Demonstration benutzt. Der Kampf um die Gewalt geht also weiter trotz der Niederlagen auf dem Rätekongress und wird besonders bei den Nationalwahlen entbrennen.

* Um die von der freiwilligen Willensmeinung der Gardesoldaten zu überzeugen, hat Liebhengst in der Kaserne einen Vortrag gehalten, aber keinen Beifall erzielt. Nach ihm sprach der Mehrheitsführer Heilmann mit mehr Erfolg. In einer zweiten Versammlung wird ein Vertreter der bürgerlichen Demokratie zu Worte kommen.

* Unsere Pharmee wird bei ihrem Rückmarsch oft in blutige Kämpfe verwickelt, namentlich gegen polnische Uebergriffe; sie ist siegreich, hat aber leider auch einige Tote zu beklagen.

Der Zerfall Preußens.

Breslau, 20. Dezember. Die oberösterreichische Zentrums- und Presse enthält in ihrer Ausgabe vom 18. Dezember eine übereinstimmend lautende Erklärung, die zur Bildung einer unabhängigen Republik Oberösterreich unter der Garantie von Deutschland, Polen und dem Tschechoslowakischen Reich auffordert. Hierzu teilt das polnische Wadowitzer Blatt „Gazeta Ludowa“ vom 20. Dezember mit, daß von den Anhängern dieser Idee bereits drei Abgesandte nach Prag geschickt worden seien, um mit Masaryk zu verhandeln. Dieser habe ihnen erklärt, daß die Tschechen Anspruch auf Teile Oberösterreichs machten, aber einer Republik Oberösterreichs sympathisch gegenüberständen. Alles hänge von der Entente ab. Er habe einen Kurier nach Paris geschickt, um über diese Frage Bescheid zu erhalten.

Alles hänge von der Entente ab — nichts hängt von Deutschland ab! Auch nicht, ob Deutschland deutsch bleiben oder in tausend Stücken zerfallen werden soll. Wegen einer Welt von Feinden hat unser Volk über vier Jahre hindurch erfolgreich verteidigt — und jetzt müssen wir elende Grenzräuber und Reichszerschörer wehr- und hilflos wie ein unmiündiges Kind gewähren lassen. Auch eine „Erzengenschaft“ der Revolution, die dem deutschen Volk schließlich doch noch zum Bewußtsein kommen wird.

Deutsch-Böhmen Schicksal

Die Bevollmächtigte des Deutschen Böhmerwaldbundes entfaßt eine Abordnung zur Prager Regierung.

Sei wie eine Blume.

Roman von Erich Ebenstein.

32. Nachdruck verboten.
„Ach bin ich gestern abend nachgeschlichen, als ich sie ganz veranlaßt in ihr Umkleekabinett aus dem Saal zu schleichen sah. Es fiel mir gleich auf, denn sie geht sonst abends niemals aus. Auch blühte sie sich manchmal verhalten um, ob ihr niemand folgte. Ich sah sie an den Wirtschaftstischen unter dem großen Holunderbaum, dessen Zweige wie ein Laubdach über sie schienen.“
„Gut, gut, weiter.“
„So konnte sie mich also nicht sehen. Und ich ließ sie ein gutes Stück voran, ehe ich ihr nachschlich. Sie ging an dem Dorf vorbei, ohne es zu betreten, und wandte sich dann links gegen den Groß-Lebnerhof — alldieses Fräulein, kennen ihn?“
„Ich glaube, dort wohnt doch der alte Wölz-Krämer, der mit aller Welt in Reide lebt?“
„Wahrscheinlich. Der Mann hat das und Gut verprochen und steht vor der Gant. Dorthin also ging die Polia und ließ durch einen Jungen den Herrn Krämer herausrufen.“
„Das war wohl der Mensch, mit dem Sie Wavra schon einmal befreundet haben?“
„Ja. Und ich weiß jetzt, daß er Bernacki heißt — oder sich hier doch so nennt und vor den Leuten als Agent gilt, der Auswanderern behilflich ist, nach Amerika zu kommen. Aber ich weiß auch, daß dies nur ein Vorwand ist und daß er in Wirklichkeit ein sehr guter Felantier der Baronin Witwe ist, derenwegen er aus Rußland gekommen ist.“
„Sie hörten, was die beiden sprachen?“

nung, um die Zurückziehung der Besatzungstruppen und die Freilassung der Verhafteten zu erwirken, somit die Schaffung eines Zustandes vorzuschlagen, der die Ruhe und Ordnung wie auch die bestmögliche Verwaltung verbürgen würde, ohne daß der endgültigen Regelung der Frage der politischen Zuteilung des Böhmerwaldgebietes durch die Friedenskonferenz vorgegriffen würde.

Beim Empfang der Abordnung erklärte Ministerpräsident Kramarisch, daß die tschecho-slowakische Republik innerhalb der Grenzen des ehemaligen Österreichischen Böhmen kein Gebiet als kritisch anerkennen könne, zumal nach den mit der Entente geschlossenen Verträgen das ganze Land dem tschecho-slowakischen Staat zuerkannt worden sei. Das Selbstbestimmungsrecht sei eine Art idealer Zukunftsgedanke, der auf Böhmen keine Anwendung finden werde. Die Deutschen könnten aber versichert sein, daß ihre kulturelle und nationale Entwicklung unangestoßt bleibe. Auch der Ministerpräsident wünschte die ehestige Zurückziehung der Besatzungstruppen und werde, sobald Ruhe und Ordnung gewährleistet erschienen, diese Frage, wie die Frage der Freilassung der Verhafteten und Internierten dem Ministerrat vortragen und dort befehlen.

Ein dunkler Vorfall.

Wie die „Telegraphen-Union“ angeblich zuverlässig erzählt, hatte der englische Admiral Beattin die Durchführung der Waffenstillstandsverhandlungen zur See auf die Auslieferung des „U 9“, das mit dem Kapitanleutnant Weddigen seinerzeit drei englische Panzerkreuzer torpedierte, mit Rücksicht auf die reiche Vergangenheit des Bootes verzichtet. Das Boot ist indessen doch ausgeliefert worden, weil die deutschen Ueberführungsmannschaften nicht auf die Gelegenheit verzichteten, die für die Ueberführung der Boote nach England von deutscher Seite gezahlten Entschädigungen von 500 Mark für jeden Mann der Besatzung zu verdienen (??)

Wir geben diese Meldung unter allem Vorbehalt wieder, da sie uns recht ungläubig erscheint. Jedenfalls wird man erwarten dürfen, daß die Admiraltät den Vorfall aufklärt.

Was wir in Warschau zurückließen.

Meldungen der polnischen Blätter geben an, was allein in Warschau an Lebens- und Genussmitteln nicht abtransportiert worden ist. Darunter befinden sich: Roggen- und andere Mehl: 35.440 Zentner, Getreide 63.581 Zentner, Speck und Schmalz, 80 Zentner, Schweine- und Rindfleisch: 140 Zentner, Weizen: 7852 Zentner, Gersten: 6960 Zentner, Marmelade: 49.954 Zentner, Zucker: 2344 Zentner, Senf und Ströh: 20.000 Zentner, Kartoffeln: 2520 Zentner, Arant: 9000 Zentner, Dörrgemüse: 4000 Zentner, Blumenkohl getrocknet: 4600 Zentner, Spiritus: 32.000 Liter, Wein: 52.867 Liter, 1 Million Zigaretten, 2 Millionen Zigarren, 37 Millionen Eier, 1826 Flaschen: Kognak, 4800 Flaschen Konserven. Außerdem wurden Gewürze, Seifen, Dekorative und andere Dinge im Gesamtgewicht von Tausenden von Kilogramm vorgefunden.

Hindenburgs Vermächtnis.

St. Gallen. In einem von der Kaspeler Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Artikel, geschrieben in Großen Saubach, Wilhelmshöhe, Weihnachten 1918, klagt Generalstabchef von Hindenburg auf die gewaltigen Kriegsverluste des zur Wehrhaftigkeit

erzogenen deutschen Volkes in Waffen zurück, daß nicht vor einer Welt von Feinden zusammengebrochen sei, hierzu befähigt durch das heilige Feuer der Vaterlandsliebe, den Willen zum Siege und den Geist zur Treue.

Das deutsche Heer sei dahin, zerstückt und aufgelöst, obwohl bis zuletzt gefürchtet und geachtet von den Feinden. Den Offizieren, hoch und niedrig, erzogener deutscher Volkes in Waffen zurück, das ein unbestreitbar hoher Anteil an dem Ruhme zu und es sei Kleinliche Rache, ihnen Abzeichen und Waffen abzuspriechen, sie als unfähig der Befehlsgewalt zu erklären. Die Zerstörung der nationalen Kraft des deutschen Volkes von Grund auf sei die Absicht jener verneinenden und zerstörenden Geister, die am Werke seien, um die Neugestaltung des Reiches auf gesunder politischer und wirtschaftlicher Grundlage zu bestimmen. Trotz der mancherlei Frankheitsversprechungen, vereinzelter Fälle von Selbstmord, Eitelkeit und Unwahrhaftigkeit lehre das deutsche Offizierskorps gesund und hart aus dem Krieg zurück. Das deutsche Offizierskorps sei kerngesund, seine Lebensaufgabe das Wohl der Gesamtheit, die Ehre des deutschen Namens und darum habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um dem Zusammenbruch unseres nationalen und wirtschaftlichen Lebens zu verhindern. Dabei muß es aber erbittert, wenn in Kleinlicher Rache die Autorität im Heere untergraben wird. Alle jene aber, die sich als Schmarotzer im deutschen Offizierskorps gezeigt, sollten und müßten abgestrichelt werden. Der Autor schließt: Wenn ich als Oberbefehlshaber des deutschen Heeres am Ende meiner militärischen Laufbahn die Stimme erhebe für meine Kameraden und Untergebenen, meine treuesten Stützen im Kampf, und ich so möge man darin auch ein heiliges Vermächtnis aus der Vergangenheit entnehmen für eine neue Zeit, für eine glückliche Zukunft unseres Volkes: die Einheit der deutschen Stämme mit der alten Mahnung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“.

Bankhaus Bayer & Heinze,

Lichtenstein-Carlberg,

Badergasse 6

Hauptgeschäft: Chemnitz. Schwesterfiliale: Burgstädt.

Verzinsung von

Bareinlagen zu günstigen Zinssätzen.

Strengste Verschwiegenheit.

Aus Naab und Fern.

Lichtenstein, 23. Dezember.

* Für unsere Gefangenen. Daß der auch in diesem Jahr nicht vergeblich aufgerissenen Opferwilligkeit unserer Bevölkerung war es dem höchsten Liebesgabenanschuss möglich, den in Gefangenenhaft geratenen Lichtensteinern Kriegern einen Beweis treuen Gedankens zukommen zu lassen. Es standen 900 Mark zur Verfügung, so daß an 60 fern er Heimath in Teufelsdruck Bekende je 15 Mark überwiesen werden konnten. Möchte auch hierdurch ein kleiner Lichtschein in die Herzen der armen Gefangenen kommen! Der Lichtensteiner Liebesgabenanschuss aber erachtet nunmehr seine mehr

bekannt man sie nicht! Und jetzt gib her, Alte, denn sicher bist Du nicht mit leeren Händen gekommen — und es ist schon vertauscht spät. Ich möchte sie schenken gehen.“ Hierauf zog die Alte ein Kuvert aus der Tasche und reichte es ihm.

„Da hast Du, Väterchen. Aber ich soll auch nicht mit leeren Händen heimkommen. Sie läßt Dir sagen, Du magst Dich beeilen, es sei dringend!“

Er steckte ihr, ohne zu antworten, hastig etwas zu, das ich nicht erkennen konnte, und stand auf. „In acht Tagen bringe ich mehr. Bis dahin grüß mich das. Gute Nacht.“

Eugenie war sehr unruhig, nachdem Joseph sie verlassen hatte. Was bedeutete dies alles? Daß von diesen Bernacki mit Geld unterstützt, war ja zweifellos. Auch daß sie sich andererseits keiner schämte und ihn daher tollschwiege. Aber das war am Ende ganz natürlich zu erklären.

Bedenklich waren nur die Worte der Alten: „Die Polizei konnte ja nur an Selbstmord denken.“

Wenn sich das auf Moras Schwager bezogen hätte! Er sollte ja durch Selbstmord geendet haben!

Jedemal, wenn Eugenie an diese Worte dachte, überließ es sie eiskalt, und ein fürchterlicher Verdacht stieg in ihr auf. Wer war dieser Zelnikow? In welche abenteuerliche Geschichte war sie da plötzlich hinein verstrickt! Und was sollte sie nun tun?

Sie wagte nicht, Moras oder dem alten Baron von Josephs Bericht zu sprechen. Es würde sie, die ohnehin schon genug zu tragen hatten, nur noch mehr in Aufregung versetzen, ohne Klarheit in die Sache zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

als vierjährige Tätigkeit als beendet und ist sich bemüht, es seine Aufgabe allezeit nur durch die freundliche und tatkräftige Unterstützung so vieler lieber Freunde und Freundinnen der guten Sache her durchzuführen können, denen auch an dieser Stelle auf das Herzlichste gedankt sei.

Frauenversammlung über das Wahlrecht der Frau und die Trennung von Kirche und Staat. Ueber die am vergangenen Montag vom Frauenverein veranstaltete Versammlung möchten wir nicht unterlassen, noch nachträglich zu berichten. Die Versammlung war trotz der gleichzeitig stattfindenden politischen Versammlungen gut besucht. Herr Oberpfarrer Ende gab einen kurzen Überblick über die Geschichte des Frauenwahlrechts und erläuterte die jetzt geltenden Bestimmungen. Die Trennungsfrage schied er nach den 4 Gebieten: die staatlichen Geschäftszweige, das staatliche Aufsichtsrecht, Vorrechte der Kirche im Staat, der Religionsunterricht. Er betonte, daß man sich durch das Schlagwort von der Trennung nicht nervös machen lassen solle, daß einschneidende Änderungen nicht ohne die Mitwirkung der gewählten Volksvertretungen und nicht ohne allgemeine Uebereinstimmung vorgenommen werden könnten und daß soziale Härten vermieden werden müßten. Fräulein Santhausen und Herr Pastor Koch forderten sodann zum Eintritt in die politischen Organisationen auf. Sowie wir hören, ist für den 29. ds. Mts. eine große Kirchgemeindeversammlung geplant, in der das vielbesprochene Thema ausführlich behandelt werden wird.

Deutschnationale Volkspartei. Gestern hat sich nach einer Aussprache in der „Goldnen Sonne“ eine Ortsgruppe der deutschnationalen Volkspartei für den Amtsgerechtigkeitsbezirk Lichtenstein gebildet, der bereits eine stattliche Anzahl Mitglieder beigetreten ist. Die neue Ortsgruppe wird demnächst einen Aufruf erlassen, damit dann weitere Beitrittserklärungen erfolgen können.

Hochherzige Weihnachtsgaben. Se. Durchl. Fürst Günther von Schönburg-Waldenburg und Ihre Hoheit die Fürstin Sophie v. Albanien haben dieses Jahr durch hochherzige Gaben von 1000 Mk. bez. 300 Mk. die Lichtensteiner Weihnachtsbescherungen bedacht und waren bei der Weihnachtsbescherung im Lucien- und Alexanderstift auch selbst anwesend. Auch aus der Bürgerschaft unserer Stadt sind viele Gaben gesendet worden, so daß bei den verschiedenen Weihnachtsbescherungen, unter denen die des Frauenvereins die erste Stelle einnimmt, der Tisch überall reichlich gedeckt werden konnte. Allen edlen Wohltätern ein herzliches „Bergelts Gott!“

Neue Firmengründung. Wie wir hören, ist Herr Walter Bergmann, bisheriger Filialleiter der Firma Altmann & Co., hier, nach Uebereinkommen mit dieser, aus ihr ausgeschieden, um am hiesigen Plage eine Strickwarenfabrik zu gründen, die unter der Firma S. W. Bergmann, heute in das Handelsregister eingetragen wurde.

Nohe Burfchen haben in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag abermals in unerhörter Weise in der Hartensteiner- bis Ködlicherstraße ihr unfaueres Handwerk dadurch betrieben, daß sie von den an den Grundstücken entlang führenden Zäunen Latten abrißen oder abtrachen. Sogar Eingangstore wurden mit aller Gewalt umgebrochen oder herausgerissen. Den Grundstücksbesitzern ist dadurch abermals ein nicht unerheblicher Schaden zugefügt worden. Als Täter kommen einige Burfchen aus Hohndorf oder Ködlich in Frage, die in den Mitternachtsstunden von Callenberg bzw. Lichtenstein die Ködlicherstraße hinaus lärmten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß jemand diesen Unfugstiftern begegnet ist oder sie beobachtet hat, weshalb die Polizeiwache dringend bittet, irgendwelche Angaben, die zur Ermittlung derselben führen könnten, ihr zukommen zu lassen. Gleichzeitig werden alle Geschädigten gebeten, in der Polizeiwache ihre Schadenanzeigen zu erstatten, damit den Tätern künftig ihr Handwerk ein für alle mal gelegt werden kann. Eine wohlverdiente Strafe steht den Burfchen in Aussicht.

Bezirkskommando Glauchau. Die jetzt zur Entlassung kommenden Mannschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Dienststunden des Bezirkskommandos Glauchau bis auf weiteres wie folgt festgesetzt sind: Montag bis Freitag von 8-3 Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr, Sonntags von 11-12 Uhr.

Bezirksauschuß-Sitzung. Am 20. Dezember unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns Freiherr v. Welck eine Bezirksauschuß-Sitzung statt, in der ein Teil der Jahresrechnung 1917 der Bezirkskasse (bet. Stiftungen) und 3 Kriegswirtschaftskonten, darunter die Kriegerfamilien- und Erwerbslosen-Unterstützungen auf die Zeit vom 1. August bis 31. Juli vorgetragen wurde. Nach dem Abschluß sind bis dahin über 24 Millionen an Unterstützungen gezahlt worden, die bei dem jetzigen Stande der Finanzwirtschaft voraussichtlich als Schuldenlast auf Bezirk und Gemeinden zurückbleiben wird. Der Bezirksauschuß faßte im Hinblick auf die ihm auferlegten und durch die neuerdings erlassene Arbeitslosenfürsorge besonders verstärkten finanziellen Verpflichtungen den Beschluß, die Regierung um Hilfe zu ersuchen, da weder Be-

zirk noch die Gemeinden so weiter wirtschaften können.

Gefangenepost. Die für die Weihnachtszeit bis 22. Dezbr. einschließlich vorgeordnete Sperre des Versands von Paketen und Päckchen an Gefangene im Auslande, die vor einigen Tagen für die Richtung nach England beendigt wurde, ist von jetzt ab allgemein, also auch für die Richtung nach Frankreich, Italien usw., aufgehoben worden. Solche Sendungen sind also wieder nach allen feindlichen Ländern zulässig.

Keine Lebensmittel-Reserven aus allgemeinen Beständen zu verschenken ist es zu Weihnachten auch in den zwei letzten Kriegsjahren möglich gewesen. Wir müssen uns Alle, so schwer es auch für die Beteiligten sein wird, damit abfinden, daß das diese Weihnachten völlig ausgeschlossen ist. Solange wir nicht wissen, ob wir wieder etwas aus dem Ausland bekommen und wann, müssen alle Vorräte an rationierten Lebensmitteln restlos für die Allgemeinverteilung zur Verfügung stehen.

Veränderungen im Wahlgesetz. Infolge Vorbearbeitung der Wahlen für die Nationalversammlung vom 16. Februar auf den 19. Januar waren einige Veränderungen in dem Reichswahlgesetz notwendig, die die Interessen der Wählerschaft und der Parteimitglieder nach Möglichkeit wahren. Demnach ist in Paragraph 2 der Verordnung bestimmt, daß die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht am 30. Dezember anzulegen sind, die für die Wählerschaft wichtige Dauer der Auflegung von acht Tagen bleibt bestehen. Nach Absatz 2 sind Einprüche gegen die Wählerlisten durch die Behörden binnen einer Woche zu erheben, anstatt der nächsten vierzehn Tage. In Paragraph 3 der Verordnung sind die Wahlvorschläge spätestens am 4. Januar 1919 bei dem Wahlkommissar einzureichen. Damit verkürzt sich die Zeit der Einreichung von 21 auf 5 Tage, eine Maßnahme, die den Parteien die Möglichkeit gibt, ohne Ueberbürdung ihre Kandidatenliste in Ordnung zu bringen. Die Wahlkommissare haben die Auforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort zu erlassen. Die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge miteinander kann nach wie vor spätestens sieben Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden. Ebenso können die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen nur bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag beseitigt u. Bewerber, gegen deren Wählbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags dies schriftlich beantragen.

In der 4. Sitzung des Preisbeirats, die am 19. dieses Monats im Landeslebensmittelamt stattfand, wurde mitgeteilt, daß der Kartoffelmarkt der letzten Woche wiederum recht gut gewesen sei; er habe 440 000 Zentner betragen, davon habe Sachsen 100 000, die Provinz Posen 200 000 Zentner geliefert. Es wurde ferner erklärt, daß für die nächsten Monate die bisherigen Sätze für Brot, Fleisch und Fett gesichert erschienen und mit Karoffeln die Kommuna verbände im allgemeinen wenigstens bis mit Februar eingedeckt seien. An Nährmitteln werden in der Zeit vom 16. Dezember bis 15. Januar 47 Prozent des Normalmaßes (von 2 Pfund auf Kopf und Monat) ausgegeben; für die allgemeine Verteilung kommt aber nicht dieser volle Betrag in Frage, es müssen zunächst die Mengen abgezogen werden, die für Kinder, Kranke, Massenvereinigungen und als Ersatz für fehlende Milch in den einzelnen Kommunalverbänden nötig sind. Sodann wurden die Aufgaben der Ortsausschüsse zur Sicherung der Volksernährung eingehend durchgesprochen. Schließlich wurde, da es in der Öffentlichkeit nicht genügend bekannt zu sein scheint, noch besonders hervorgehoben, daß nach der Verordnung des Landeslebensmittelamtes vom 4. Juni dieses Jahres bei der Preisabnahme von Lebensmitteln den bisherigen Aufwärt der Waren stets eine Beizeichnung anzusetzen ist, aus der Art und Menge der beschlagnahmten Gegenstände, Ort und Tag der Beschlagnahme, Name und Wohnung des bisherigen Inhabers, und Name, Wohnort, Dienststellung und auftraggebende Stelle des die Beschlagnahme ausführenden Beamten ersichtlich sind. Ferner hat der Beamte eine Durchschrift dieser Abnahmebescheinigung unverzüglich dem zuständigen Kommunalverband einzureichen.

Bevorzugung der ordnungsmäßig entlassenen Soldaten vor den Wildlingen. Ordnungsmäßig Entlassene werden bei der Anstellung in Staatsbetrieben und im weitestgehendem Umfang auch bei Anstellung in Privatbetrieben den nicht ordnungsmäßig Entlassenen unbedingt vorgezogen werden.

Die Bildung von Eltern- und Schüler-Ausschüssen an den sächs. höheren Schulen. Wie verlautet, ist in den nächsten Tagen eine ministerielle Verordnung zu erwarten, durch die die Bildung von Schüler- und Eltern-Ausschüssen für die höheren Schulen Sachsens festgesetzt wird. Die Ausschüsse sollen, wie das „E. L.“ hierzu erfährt, die Möglichkeit zu einer freien Aussprache über allgemeine Angelegenheiten des Schulwesens bieten; sie sollen aber keinerlei anordnende Befugnisse haben. Ferner sollen Eltern-Ausschüsse gebildet werden aus acht aus der Elternschaft zu wählenden Eltern, zwei Lehrern und dem Leiter der

Schule, der den Vorsitz führt. Später soll auch der Schularzt mit hinzugezogen werden. Die Eltern-Ausschüsse sollen die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus fördern, insbesondere auch Anregungen aus dem Elternhause, die sich auf Schulbetrieb, Schulzucht und Ausbildung der Kinder beziehen, an die Schulleitung bringen.

Der Bauernrat für den Bezirk Glauchau führt seine Geschäfte unter dem Titel Landbürgererrat fort.

Baugen. (Die Verluste) des 103. Inf.-Regts im Weltkriege betragen an Toten 92 Offiziere und 2323 Mann.

Chemnitz. (Truppen-Einzug). Das 1. Btl. und die 1. Maschinengewehrkompanie des Inf.-Regts. Nr. 181 ist nun auch gestern hier eingezogen und in der üblichen Weise begrüßt worden. Auch in Glauchau ist der Einzug der 181 er erfolgt.

Crimmitschau. (Die Polizeistunde) ist in unserer Stadt wegen des Kohlenmangels auf 10 Uhr abends festgesetzt. Für Sonn- und Feiertage, sowie deren Vorabende verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Solbitz. (Reiche Stiftungen) hat der Fabrikbes. Stockmann ausgeführt und zwar 40 000 Mark zur Erbauung eines Denkmals für die gefallenen Soldater-Krieger, 40 000 Mk. zur Erhöhung eines Volksbades, 10 000 Mk. zur Erhöhung der Stiftung für die Kinderbewahranstalt, 10 000 Mk. zur Verwendung der Zinsen davon an bedürftige Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Thomsberger und Hermann und 5000 Mk. als Beamten-Unterstützungsfonds für die Beamten derselben Firma.

Leipzig. (Doppelmörder.) Dem am 13. Dezember in Leipzig wegen Raubmordes an der Straßenbahnfahrerinwitwe Böge in Dresden verhafteten Alfred Schüller ist nunmehr noch ein zweiter Mord nachgewiesen worden, den er am Vorabend seiner Verhaftung in Eilenburg verübt hatte. Schüller hatte in Eilenburg einen Einbruch verübt und war von einem Posten überrascht worden, den er durch einen Schuß in den Kopf tötete. Der Verbrecher, der sich zur Zeit in Dresden befindet, hat auch diesen Mord eingestanden.

Delsitz. (Ein tödlicher Unfall) ereignete sich in Zausdorf, indem das Pferd des Gutsbes. Gitter, das vor einem Wagen gespannt war, durchging. Das Ehepaar, welches im Wagen saß, wurde herausgeschleudert. Hierbei erlitt Frau Gitter so schwere Verletzungen, daß sie verschieden ist.

Plauen. (Wiederum eine Niederlage der Unabhängigen.) Die am Sonnabend hier stattgefundenen Wahlen für den U- und S-Rat erbrachten für die Mehrheitssozialisten 10 938, für die unabhängigen Sozialdemokraten nur 2026 Stimmen. Es haben also auch in unserem Industriebezirk die radikalen Elemente eine bemerkenswerte Niederlage erlitten.

Radeberg. (Ein Unglücksfall) mit tödlichem Ausgang ereignete sich bei der Einfahrt des von Baugen hier ankommenden Personenzuges, indem der hier bei seinen Verwandten wohnhafte Maler Max Delsch vom Zuge stürzte und dabei den Tod fand. Delsch hat den ganzen Feldzug mitgemacht und ist erst am 15. d. M. vom Militär entlassen worden.

Reustadt. (Ein tödlicher Unglücksfall) ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof. Von einem Militärzuge, der hier Aufenthalt hatte, stürzte ein Soldat der auf der Feldküche gestanden hat, herab auf die Schienen. Die Räder gingen dem Unglücklichen über die Brust, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Von den Kameraden wurde die Leiche in den Zug gebracht und mitfortgeführt.

Thalheim. (Zwischen Elektrische Mangel) und Wand gedrückt wurde die Ehefrau des Strumpfmachers Fenzel. Dabei wurde ihr Kopf u. Brust vollständig zerquetscht. Sie wurde tot aufgefunden.

Riesa. (Von einem Straßenbahnwagen überfahren) wurde der 6jährige Sohn des Zimmermanns Mehlhorn und hierbei tödlich verletzt.

Schlettau. (Einen tödlichen Unfall) erlitt der Gutsbesitzer Stifel hier. Er fiel in seiner Behausung die Treppe hinunter und starb an den dabei erlittenen Verletzungen.

Zwickau. (Einen tödlichen Unfall) erlitt ein hiesiger Einwohner beim Abladen und Tragen schwerer Säcke mit Kartoffeln. Er zog sich innere Verletzungen zu, denen er nach wenigen Stunden erlag.

Einchränkung des Personen-Verkehrs.

Die andauernde Ablieferung der leistungsfähigsten Lokomotiven an die Entente und die verminderte Lieferung von Kohlen zwingen die Eisenbahnverwaltung erneut, die Zahl der Personenzüge zunächst vom 24. bis 27. Dezember zu vermindern. Die ausfallenden Züge werden durch besondere Anschlüsse zu den Bahnhöfen bekannt gemacht.

Um mit den noch verbleibenden Zügen den Wiktär-Verkehr bewältigen zu können, und um eine betriebsgefährdende Ueberfüllung dieser Züge zu verhindern, muß außerdem zunächst für die nächsten Tage der Fernreiseverkehr des zivilen Publikums auf nachstehend angegebenen sächsischen Strecken und

